

„Jetzt red's ihr und wir hören zu“

Großes Interesse an Diskussion mit CSU-Abgeordneten und Landrat Franz Löffler



Gelebte Demokratie nannte CSU-Bereichsvorsitzender Stefan Baumgartner die gut besuchte politische Diskussionsrunde. Foto: Fischer-Stahl

Lam. (as) Die von der CSU initiierte Resolution zum Straßenbau im Landkreis, das schwindende Vertrauen in die Politik, die innere Sicherheit und die Sicherung der medizinischen Versorgung im Landkreis – das waren die großen Themen der Veranstaltung des CSU-Kreisverbandes unter dem Motto: „Jetzt red's ihr! Ihre Meinung zählt und wir hör'n zu!“.

Von Politikverdrossenheit war am Montagabend im Gasthof Stöberl keine Spur – über 70 Interessierte hatten sich eingefunden, um ihre Fragen und Anliegen vorzubringen.

Lams Bürgermeister Paul Roßberger moderierte die rund zweieinhalb Stunden dauernde Veranstaltung, MdB Karl Holmeier, Landrat und Bezirkstagspräsident Franz Löffler, MdL Dr. Gerhard Hopp sowie Bereichsvorsitzender Stefan Baumgartner standen Rede und Antwort.

Kritik für Kötztings Haltung zur Straßenbauresolution

Gleich zu Beginn thematisierte Klaus Bergbauer die Straßenbauresolution und in diesem Zusammenhang besonders das Veto des Bad Kötztinger Stadtrats: „Solidarität kann keine Einbahnstraße sein“, sagte er. Wenn es in der Vergangenheit um Belange der Stadt ging, sei die Unterstützung durch das Umland wichtig gewesen, umgekehrt nun werde sie nicht gewährt. Die Resolution sei keine Parteitaktik, sondern sollte zeigen, dass eine ganze Region geschlossen hinter der Notwendigkeit des Ausbaus steht, lautete sein Tenor, wie auch der von Karl Holmeier, Dr. Gerhard Hopp und Stefan Baumgartner.

Alle kritisierten den Ton, den Hofmann, Riedl, Klyscz und Pilz angeschlagen haben. Karl Holmeier nannte die Äußerungen eine Frechheit, seine Person betreffend sei ihm das egal, doch den Bundesminister Dobrindt lasse er nicht beleidigen. Er listete das im Bereich Bundesstraßen Erreichte auf und betonte: „Wenn man eine Region voranbringen will, muss man gemeinsam so wichtige Themen anschieben. Darum haben wir die Resolution verfasst. Wir können damit keine Gerichtsentscheidungen beeinflussen und auch nicht in Grundstücksfragen eingreifen, wir wollten zeigen, dass wir zusammenhalten.“ Ob es glücklich war, dass sich Bad Kötzting da ausgeklinkt hat, müssten sie selber wissen.

Hopp ergänzte, wer die Resolution ablehnt, stelle sich ihrer Intention entgegen. Zudem wisse jeder, wie Karl Holmeier für den Ausbau der Straßen im Landkreis gekämpft hat. Dominik Reithner, Fraktionssprecher der CSU im Kötztinger Stadtrat, machte deutlich, dass die Abstimmung nicht die Meinung der ganzen Stadt widerspiegele. Das knappe Ergebnis zeige vielleicht die Zerrissenheit, aber auch die schleichende Entsolidarisierung mit dem Umland. Angesichts der beleidigenden Wortmeldungen aus den Reihen der Freien Wähler, die vom Minister bis zum Gemeinderat jeden trafen, müsse man sich fragen, wer ein so wichtiges Thema politisch missbraucht.

Franz Löffler ging auf die Frage von Freie Wähler-Kreisrätin Eva Obermeier ein, die die Straße schon aufgrund ihrer Bedeutung für den Tourismus im Lamer Winkel befürwortet, jedoch wissen wollte, warum eine solche Resolution vonseiten der CSU nicht schon vor zehn Jahren verfasst worden sei. Der Landrat nannte die Frage absolut berechtigt. Um große Straßenbaumaßnahmen durchzusetzen, brauche man auch im Landkreis eine infrastrukturfreundliche Stimmung. Die sehr wichtigen Plan- und Prüfverfahren

dauern unter anderem wegen des Rechtsschutzbedürfnisses der Bevölkerung und vieler anderer Aspekte immer länger.

„Wir haben festgestellt, dass wir dafür mehr Man-Power brauchen und erreicht, dass an der Regierung der Oberpfalz 1,5 zusätzliche Planstellen geschaffen wurden“, so der Landrat und appellierte: „Wir müssen uns zu jeder Zeit zu dieser Verkehrsinfrastruktur bekennen und da helfen uns parteipolitische Taktiken nicht weiter.“ In der Vergangenheit haben alle zusammen Resolutionsentwürfen, wenn sie für gut befunden wurden, zugestimmt. „So wird doch Politik beim Menschen glaubwürdig. Wenn in der Kommunalpolitik von einem anderen ein guter Vorschlag kommt, dann muss ich da doch dafür sein dürfen“, lautete sein Statement.

Stabilisierungshilfe: eine „Watschn“ für Gemeinden

Klaus Bergbauer kritisierte die Stabilisierungshilfen für Kommunen, „die selber keinen vernünftigen Haushalt zusammenbringen“, und nannte das eine „Watschn“ für alle Gemeinden, die sich um einen ordentlichen Haushalt bemühen.

Lohbergs Bürgermeister Franz Müller schloss sich dem an und vertrat die Meinung, Markus Söder sollte sich, im Interesse der Kommunen, die einigermaßen gut wirtschaften, die Einladung mit medienwirksamer Übergabe der Stabilisierungshilfen sparen. Das komme ganz schlecht. Er hoffe, dass die mit der Gewährung verknüpften Auflagen vor Ort auch kontrolliert werden. Hopp erklärte, dass das Programm ausschließlich dem ländlichen Raum zugutekomme. Zudem müssten die begünstigten Kommunen alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen, was im Klartext meist bedeutet, die Bevölkerung zur Kasse bitten. Man wolle jedoch auch keine Ungleichbehandlung und arbeite derzeit an einer Modifizierung des Programms.

Lams Kirchenpfleger Gert Paulus fragte nach einer möglichen Förderung der Mittagsbetreuung im Kindergarten. Die Nachfrage ist inzwischen so groß, dass dafür ein eigener Raum benötigt wird. Hopp erklärte, die Lücke zwischen gefordertem Betreuungsausbau und möglicher Bezuschussung wurde bei der Regierung der Oberpfalz erkannt und es besteht die Aussicht, dass die Mittagsbetreuung 2017 in das neue Programm aufgenommen wird.

Politisches Vertrauen und innere Sicherheit

Karl-Heinz Stöberl lenkte die Diskussion in Richtung des fehlenden politischen Vertrauens. Grund sei die nicht mehr vorhandene Verbindung der „großen Politik“ zur Basis. Unter diesen Umständen fürchtete er ähnliche Entwicklungen wie in den USA. Holmeier sah die Ursachen in der Flüchtlingskrise und den damit verbundenen Aussagen von Kanzlerin Merkel, die hoffte, dass Europa zusammenstehen wird. Dem war nicht so, vieles sei nicht optimal gelaufen und müsse jetzt korrigiert werden. Man habe das Schengenabkommen umgesetzt, aber versäumt, die EU-Außengrenzen zu sichern. Zudem gelte es, klar zu zeigen: „Wer hier leben möchte, muss sich nach uns richten. Beim Entstehen rechtsfreier Räume in Deutschland haben wir zu lange zugeschaut.“ Den Medien, auch den öffentlich-rechtlichen, warf er vor, zur Verunsicherung beizutragen.

Franz Löffler war der Ansicht, die steigende Zahl bürokratischer Vorschriften verstehe der Bürger immer weniger. Doch eine Entbürokratisierung verlange auch mehr Eigenverantwortlichkeit von den Menschen. Auf der anderen Seite fordere der rechtssichere Bürger bei Problemen immer weitere Nachbesserungen von Vorschriften. Er würde sich wünschen, dass jeder mehr Eigenverantwortung übernehmen würde. Dann müsste eine Gemeinde auch keine Verordnung erlassen, die Hunden untersagt, ihr Geschäft nicht auf Kinderspielplätzen zu verrichten.

Komplexe Themen zu erklären, gehe nicht mit Populismus, sondern funktioniere über Veranstaltungen wie diese: „Dafür müssen wir uns öfter Zeit nehmen, wir brauchen die Rückmeldung der Bürger, denn es geht um Vertrauen in den Rechtsstaat.“ Klar bekannte er sich dazu, Flüchtlinge, die ihre Identität nicht preisgeben, nicht integrationswillig sind oder straffällig werden, in ihre Herkunftsländer zu schicken. „Die Werte der abendländischen Kultur müssen die Grundlage für Integration sein“, ergänzte Hopp.

Hans Eder, selbst Polizist, sprach Fragen und Probleme zur inneren Sicherheit an. Er kritisierte sowohl die personelle wie auch die technische Ausstattung von Polizei und Bundespolizei und meinte: „Die Politik sollte die Wahrheit sagen und Fehler eingestehen, dann kommt das Vertrauen zurück.“ Holmeier meinte, Europa werde angesichts der veränderten weltpolitischen Lage in Sicherheitsfragen mehr Eigenverantwortung übernehmen und Deutschland mehr Geld für die Bundeswehr bereitstellen müssen. Zudem gelte es, die Entwicklungshilfe zu verändern, um die Ursachen des Flüchtlingsstroms zu bekämpfen.

Der Landrat betonte, die Polizeistrukturereform zeige Wirkung, dennoch sei er mit der tatsächlichen Besetzung nicht zufrieden. Die Schaffung von 2 000 zusätzlichen Stellen in Bayern sei ebenso wichtig wie die gute technische Ausrüstung. Besorgniserregend sei der sinkende Stellenwert der Polizei in der Bevölkerung und die zunehmenden Übergriffe auf Polizisten.

Gesundheitspolitik im Landkreis in der Kritik

Mehrere Zuhörer kritisierten die Gesundheitspolitik im Landkreis bzw. den Konsolidierungskurs der Sana-Kliniken. Löffler ging auf die schwierige Ausgangslage vor der Privatisierung ein, die dem Landkreis ein jährliches Defizit von sechs Millionen Euro einbrachte. Die Versorgung der Bürger in der Fläche sei eine große Herausforderung, besonders angesichts der sich immer weiter entwickelnden Medizin. Er bat, nicht zu vergessen, dass Lam eine eigene Rettungswache bekommen hat.

Die hausärztliche Versorgung hoffe man mit dem Projekt Gesundheitsregion plus langfristig zu sichern. Allerdings nahm er bei der Nachfolgersuche auch die niedergelassenen Ärzte in die Pflicht. „Gleichwertige Krankenhäuser an allen drei Standorten im Landkreis seien nicht nötig, aber die Struktur muss passen, dass der Bürger ambulant wie stationäre Versorgung bekommt. Die Fakten belegen, heute bieten wir insgesamt eine höherwertige medizinische Versorgung in der Region an“, so Löffler. Er verteidigte auch den hausärztlichen Bereitschaftsdienst, hier sei der Landkreis Pilotregion, dennoch gelte es, weiter zu optimieren.

Emmi Kollross fragte nach den Ergebnissen eines Gutachtens zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Löffler erläuterte, dass es sich dabei um den Nordbayernplan handelt, in dem ein Punkt ‚Potenziale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in die bestehenden Strukturen hinein‘ sind. Ergebnis ist zum einen eine Pflegeeinrichtung in Bad Kötzing, in der Pflegepersonal für den internationalen Markt qualifiziert wird. Träger ist die TH Deggendorf. Zum zweiten werden in der Oberpfalz zwei Netzwerkmanager für innovative mittelständische Betriebe finanziert. Sie unterstützen bei der Erstellung von Förderanträgen und vernetzen mit Forschungseinrichtungen.